

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 4

Artikel: Die deutsche Frage : Gespräch mit einem ehemaligen Experten aus der DDR
Autor: Pozsgai, Joseph / Seiffert, Wolfgang
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094188>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die deutsche Frage

Zeichnen sich in der sogenannten deutschen Frage (Wiedervereinigung von DDR und BRD) neuerdings Interessengegensätze zwischen der UdSSR und der DDR ab? Darüber sprach Joseph Pozsgai mit dem früheren Honecker-Berater Wolfgang Seiffert, heute als Wirtschaftswissenschaftler Universitätsprofessor in Kiel.

Seit Weizsäcker und Strauss in Moskau waren, spricht man dort von einer «Wende zum Realismus» in der Bonner Ostpolitik. Kann das heißen, dass die Sowjets ihrerseits neue Überlegungen zur deutschen Frage anstellen?

Doch, ja. Ich denke, man kann die ersten Umriss einer sowjetischen Deutschlandpolitik erkennen, die davon ausgeht, dass die Deutschen in der DDR und in der BRD zusammen eine Nation bilden. Das Argument geht so: Wir in der Sowjetunion waren nie gegen eine deutsche Wiedervereinigung, und es war immer Bonn, das früher die Chancen dazu verpasst hat. Das ist die sowjetische Art, sich die deutsche Frage für die Zukunft offen zu halten. Für die Gegenwart freilich geht man von der tatsächlichen Existenz der beiden deutschen Staaten aus.

Gibt es da Unterschiede zwischen Moskau und Ost-Berlin?

Unterschiedlich ist die Interessenlage. Für die Sowjets ist das Wiedervereinigungsthema zwar nicht aktuell, aber sie möchten sich vorbehalten, ein Angebot in diese Richtung zu machen, wenn sich das als günstiger Verhandlungsgegenstand erweisen sollte, gegebenenfalls unter Wahrung des Selbstbestimmungsrechts. Im globalen Schachspiel könnte man mit der DDR ein Figurenopfer machen. Demgegenüber ist für die DDR-Führung die Erhaltung der bestehenden Machtstruktur existentiell. Für sie darf schon das bloße Wort der Wiedervereinigung keine andere Bedeutung haben als die Ausweitung ihres eigenen Systems auf das heutige Gebiet der BRD. Auf diese Linie ist die SED denn auch notgedrungen eingeschworen und kann davon gar nicht abweichen, ohne sich selbst zu gefährden.

Halten Sie es für möglich, dass die Sowjets in absehbarer Zeit den Westdeutschen ein Wiedervereinigungsangebot machen und als Konsequenz ihre Truppen aus der DDR zurückziehen?

Nein, so ist das nicht zu erwarten. Aber das schließt nicht aus, dass die Sowjets mehr als zuvor Deutschland als ganzes im Blickfeld haben. Die Folge davon braucht kein spektakulärer Schritt über die Köpfe der DDR-Verbündeten hinweg zu sein, sondern könnte plausiblerweise ganz einfach in einer flexibleren Haltung gegenüber dem bestehen, was sich aus der deutschen Frage allfälligerweise alles ergeben könnte. Als konkreten Ausdruck dafür sehe ich vielleicht Erleichterungen in Berlin. Mittelfristig könnte die Sowjetführung allerdings sogar einen Abzug ihrer Truppen aus Deutschland ins Auge fassen, wenn das mit einem Abzug der amerikanischen und sonstigen westlichen Truppen aus der Bundesrepublik verbunden wäre. Aber da eilt nichts; man hat zuvor noch andere Sorgen.

Sicher, und die kurzfristigen Sorgen könnten sich auf die langfristige Strategie auswirken. Wie es scheint, gibt es im Kreml eine Kraftprobe zwischen Gorbatschow und Ligatschow. Welche Auswirkungen hätte es auf die sowjetische Deutschlandpolitik, wenn sich die eine oder die andere Richtung voll durchsetzen sollte?

Setzt sich Gorbatschow durch, geht das mit der Hoffnung einher, dank der Reformpolitik aus eigener Kraft die jetzigen wirtschaftlichen Nöte meistern zu können, und um so viel weniger wird man es für nötig halten, Zugeständnisse in der Deutschlandpolitik zu machen. Setzt sich Ligatschow durch, nimmt man eher eine weitere wirtschaftliche Stagnation in Kauf, um den Apparat am Leben zu erhalten, und dann ist man auf einen Interessenausgleich mit einer westlichen Industrienation um so viel mehr angewiesen. Indessen ist das nur eine von mehreren möglichen Überlegungen.

So ist auch das Verhalten der westlichen Seite wichtig. Wenn man sie zu Konzessionen veranlassen kann, ohne eigene Gegenleistungen zu

erbringen, besteht weder für Gorbatschow noch für Ligatschow eine Veranlassung, es nicht zu tun. Bis jetzt stellen weder die Bundesrepublik noch der Westen überhaupt den Sowjets ein offensives Konzept zur Lösung der deutschen Frage entgegen. Die schiere Aussicht auf eine veränderte sowjetische Haltung scheint auf die Deutschen wie ein Heubündel zu wirken, dem sie hinterherlaufen. Unterwegs könnten sie bereit sein, sicherheitspolitische und wirtschaftspolitische Forderungen der Sowjets zu erfüllen, ohne dass man sie das Bündel erreichen zu lassen brauchte. Ob das so abläuft oder nicht, hängt in erster Linie von der Bonner Regierung ab. Ohne ihr Zutun wird es auch kein Konzept geben, das der Westen gemeinsam vertreten würde.

Wenn die Amerikaner und die Sowjets eines Tages vereinbaren sollten, ihre Truppen aus Deutschland zurückzuziehen, stellt sich die deutsche Frage automatisch und sofort. Müsste man in diesem Fall nicht mit einem westeuropäischen Widerstand gegen die Wiedervereinigung rechnen?

Manche Westeuropäer meinen, die Sowjets würden es wegen der damit verbundenen Implikationen nicht wagen, ein Konzept für den Abzug ihrer Truppen aus Deutschland vorzulegen, und in diesem Fall erübrigt sich die Frage nach der westlichen Reaktion darauf. Demgegenüber bin ich allerdings der Meinung, dass ein solches Angebot aus Moskau durchaus in Betracht kommt, wenn auch nicht unbedingt schon morgen.

Sollte es aber tatsächlich dazu kommen, dann halte ich es für wahrscheinlich, dass die USA darauf einsteigen würden, schon wegen ihrer Entlastung in Europa. Es gibt starke Tendenzen in den USA, das Verteidigungsbudget zu kürzen und die Truppen in Europa abzubauen oder überhaupt abziehen.

Reservierter wären sicherlich die Franzosen. Sie befürchten, dass ein solches Abkommen den Austritt der Bundesrepublik aus der westlichen Verteidigungsgemeinschaft zur Folge haben würde, mit entsprechender Mehrbelastung für die Partner. Ähnlich dürfte die britische Betrachtungsweise sein. Aber wenn die USA bereit wären, so etwas mit den Sowjets auszuhandeln, dann würden auch Grossbritannien und Frankreich mitmachen, um wenigstens noch mitreden zu können.

Nun ist die Selbstbestimmung ein universales Recht, auf das nicht allein die Deutschen einen Anspruch haben. Müsste eine Deblockierung der «deutschen Frage» nicht Auswirkungen auf Osteuropa haben? Die Polen, die Tschechen oder Ungarn könnten ja ebenfalls auf ihr Selbstbestimmungsrecht pochen.

Man muss ohnehin damit rechnen, dass es in Osteuropa zu krisenhaften bis explosiven Entwicklungen kommt, weil diese Länder im Begriff sind, in den Status von Entwicklungsländern zurückzufallen. Nötige Reformen sind dort entweder gar nicht in Angriff genommen worden oder stehen – wie in Polen – praktisch nur auf dem Papier. Das hat negative Auswir-

kungen auf die Lebenshaltung der Bevölkerung und produziert Widerstand. Auch die Ungarn, die mit ihren Reformen weitergegangen sind als die andern, haben sie strukturell nicht durchgezogen und stehen wachsenden Schwierigkeiten gegenüber: Verschuldung, Inflation, Absatzsorgen auf westlichen Märkten. Halbe Reformen schaffen noch eine eigene Problematik dazu.

Ursprünglich hätte die Zusammenarbeit im RGW zu einer wirtschaftlichen Integration führen sollen, aber das ist eigentlich so gut wie gescheitert. Die politisch dominante Sowjetunion ist ökonomisch nicht in der Lage, diesen Ländern zu helfen. Sie verlangt vielmehr von ihnen – und übrigens ganz speziell von der DDR – mehr Unterstützung als bisher, nicht nur in der Form von Lieferungen, sondern auch in der Form von Dienstleistungen zur Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft. Nur vermögen diese Länder die effektiven Bedürfnisse der UdSSR gar nicht zu befriedigen. Die osteuropäischen Verhältnisse sind schon so, wie sie heute sind, für Moskau unbefriedigend. So betrachtet, ergibt sich für die Sowjets eher ein Interesse an einer vorteilhaften Regelung der deutschen Frage, aber selbstverständlich gibt man sich Rechenschaft darüber, dass das in den Partnerländern neue politische Fragen aufwerfen würde.

Henry Kissinger hat kürzlich die Meinung vertreten, dass die Sowjets ein kommunistisches Gesamtdeutschland noch mehr fürchten als ein demokratisches. Teilen Sie diese Meinung?

Soweit durchaus. Nach allen bisherigen Indizien würde ein kommunistisch regiertes (und damit sozialistisches) Gesamtdeutschland besser funktionieren als es die Sowjetunion jemals getan hat. Und damit hätte diese sich zum asiatischen Konkurrenten China noch zusätzlich den europäischen Konkurrenten Deutschland eingehandelt. Auch kann man auf die Dauer nur die kapitalistischen Länder melken, und dazu müssen sie erhalten bleiben.

Indessen sind das theoretische Überlegungen. Auf jede absehbare Zeit hinaus ist mit einem kommunistisch regierten Gesamtdeutschland einfach nicht zu rechnen. Und das braucht auch, soweit es auf die Sowjets ankommt, gar nicht die Bedingung zu einer Lösung der deutschen Frage zu sein. Die Alternative «entweder ein sozialistisches Gesamtdeutschland oder kein Gesamtdeutschland» ist ein DDR-Axiom,

dem sich, wie schon erwähnt, die Sowjets realpolitisch nicht notgedrungen anschliessen müssen. Für sie steht das Kriterium der Brauchbarkeit im Vordergrund, und da schliesse ich nicht aus, dass sie gegebenenfalls mit einem Gesamtdeutschland einverstanden sein können, das seinen Strukturen nach ein freies, demokratisches Land wäre; entscheidend ist der Nutzwert.

Allerdings stellte sich dann für die Sowjets die äusserst schwere Frage, wie sie die DDR zum Mitmachen bewegen sollten und wie sich ein nichtkommunistisches Gesamtdeutschland einigermassen einbringen liesse, ohne dass das von den Kommunisten und allen ihren Sympathisanten weltweit als Verrat verstanden würde. Die Zeiten, in denen der kommunistische Reflex bedingungslos prosovietisch spielte, sind vorüber.

Was hat eigentlich die DDR-Führung dazu gebracht, der gegenwärtig beschleunigten deutsch-deutschen Annäherung zuzustimmen? Der erste Milliardenkredit vom Sommer 1983?

Natürlich hatte die DDR nie etwas gegen eine Annäherung, die daraus bestand, dass die Westdeutschen zahlten. Inzwischen muss sie aber auch darauf bedacht sein, nicht zur quantité négligeable zwischen der UdSSR und der BRD abzusinken, die immer mehr direkt miteinander reden. Das fördert Zugeständnisse wenigstens von der Art, die nicht an die Machtstrukturen rühren, und das tun sie nicht. Im Gegenteil: wenn die BRD den Ostdeutschen vermehrt unter die Arme greift, können diese eher auf Veränderungen verzichten, die sonst nötig wären.

Im gleichen Sinn hilft ein besseres Einvernehmen zwischen Bonn und Ost-Berlin den DDR-Führern, dem Reformdruck aus der Sowjetunion zu widerstehen, den man als politisch bedrohlich empfindet.

Im übrigen hat die DDR schon vor der Ära Gorbatschow versucht, eine halbwegs eigenständige Interessenpolitik zu betreiben, und die Sowjets reagierten säuerlich. So haben sie 1984, damals noch unter Tschernenko, einen geplanten Besuch Honeckers in der BRD regelrecht hintertrieben. So kleinlich hat sich Gorbatschow letztes Jahr nicht verhalten, aber selbstverständlich hat Moskau keineswegs die Absicht, sich die Deutschlandpolitik vom kleinen Bruder aus der Hand nehmen zu lassen. ■



Ihr Teppich- und Bodenbelagsgeschäft

W. Geelhaar AG Bern
Thunstrasse 7
am Helvetiaplatz
Tramlinien 3+5
Telefon 031 43 11 44

Auch für Reparaturen und
Reinigungen von Orient-,
Handweb- und Berber-
teppichen sind wir Ihr
Vertrauenshaus.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's